

## Die Reparationsfrage.

### Die deutschen Vorschläge zum Wiederaufbau.

Berlin, 23. April. In der Wiederaufbaufrage hat die deutsche Regierung folgende Note an die Entschädigungskommission gerichtet:

Deutschland ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens in der Welt unumgänglich notwendig ist, die im Kriege zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Solange das nicht geschehen ist, besteht die Gefahr, daß die Gefühle des Hasses unter den beteiligten Völkern nicht verschwinden werden. Deutschland erklärt sich deshalb nochmals auf das Bestimmteste bereit, am Wiederaufbau mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken und bei der Durchführung im einzelnen jeden Wunsch der beteiligten Mächte, soweit irgend möglich, zu berücksichtigen.

Für die Art der Durchführung des Wiederaufbaus erlaubt sich die deutsche Regierung unter Aufrechterhaltung ihrer seit 1919 gemachten Angebote zusammenschließend auf folgende Möglichkeiten hinzuweisen:

1. Deutschland könnte den Wiederaufbau bestimmter Städte, Kläden oder Dörfer oder bestimmter zusammenhängender Teile des Wiederaufbaugesbietes unter Übernahme sämtlicher Kosten in eigener Regie oder durch Vermittlung eines internationalen Siedlungsunternehmens übernehmen. Bei einer derartigen Regelung würden vor allem die Erfahrungen verwertet werden, die Deutschland beim Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete Ostpreußens gemacht hat. Deutschland will im Augenblick davon absehen, diesen Vorschlag näher zu erläutern, da sein Grundgedanke bisher bei den alliierten Regierungen auf Bedenken gestoßen ist. — 2. Deutschland ist ferner willens, unabhängig von der in Ziffer 1 vorgeschlagenen Regelung seinen Entschluß, alsbald für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Ostfrankreichs und Belgiens alle Hilfsmittel bereit zu stellen, zu betätigen. Deutsche Gesellschaften haben beschlossen, folgende Leistungen anzubieten:

1. In den zerstörten Gebieten wären nach Maßgabe der näheren Wünsche der alliierten Regierungen Aufbaumaterialien und Aufbaumaterialien vorzunehmen. 2. Ziegeleien im Aufbaumaterialien in Stand zu setzen oder neue zu errichten, ebenso Kalk-, Gips- und Zementwerke dafelbst zu erbauen, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für Baustoffe beginnen zu können, hierüber hinaus heimische Baustoffe und Baumaterialien aus Deutschland zu liefern. 3. Vorkehrungen zu treffen, daß die im Aufbaumaterialien nicht vorhandenen Geräte und Maschinen für Baustoffe aus Deutschland herangeführt werden können, einschließlich der Baustoffe, die für die ersten Einrichtungen erforderlich sind. 4. Sofort mit der Anfertigung von Behelfsbauten aller Art, mindestens von 25 000 Holzhäusern (Wohnhäusern) zu beginnen und diese vor Beginn der kalten Jahreszeit aufzustellen, um der ungemein dringenden Wohnungsnot in den zerstörten Gebieten vorerst zu begegnen. 5. Dazu die Ausstattung z. B. Möbel, Decken, Kochherde und Kochgeschirre zu liefern, 6. nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen. Ob diese Bauten in eigener Regie der französischen oder der deutschen Regierung oder in gemeinwirtschaftlichen Betrieben oder durch private Unternehmerbetriebe oder unter Zulassung aller freien Betriebsformen ausgeführt werden sollen, wird nach den Wünschen der alliierten Regierungen zu bestimmen sein.

Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten. Im Einvernehmen mit den deutschen Bauarbeiterorganisationen einschließlich der Organisationen der Angestellten und Beamten versichert die deutsche Regierung, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken.

3. Die Verständigung über alle hienach zu erledigenden Fragen erfordert eine gewisse Zeit; andererseits haben die Geschädigten ein großes Interesse an einem schnellen Aufbau ihrer Wohnstätten und Anlagen. Die deutsche Regierung erklärt sich deshalb bereit, sofort und bis zur Schaffung einer weiteren Regelung den Geschädigten, die ihre zerstörten Häuser und Anlagen wieder aufgebaut sehen wollen, leistungsfähige und vertrauenswürdige Unternehmer zu benennen. Mit diesen Unternehmern können die Geschädigten oder ihre Interessenvertretungen vollständige Bauprojekte mit Kostenschätzungen aufstellen. Die Geschädigten können natürlich auch ihrerseits deutsche Firmen bezeichnen, mit denen sie in Verbindung zu treten wünschen. Die deutsche Regierung ist bereit, die Gesamtkosten solcher Reparationsbauten, soweit sie in Papiermark bezahlt werden können, gegen Guthaben auf Reparationskonto zu übernehmen, während sie die

Zahlungen der in ausländischer Währung entstehenden Kosten weiterer Erwägung vorbehält.

4. Falls die alliierten Regierungen wünschen, daß die Mitwirkung der deutschen Regierung am Wiederaufbau in anderen als in den vorstehend vorgeschlagenen Formen erfolgt, so ist die deutsche Regierung bereit, jede von alliierter Seite gegebene Anregung und jeden gemachten Vorschlag eingehend und gewissenhaft zu prüfen und zu erörtern, um auch in jeder anderen, den dortigen Wünschen entsprechenden Form am Wiederaufbau teilzunehmen. Die deutsche Regierung bittet die alliierten Regierungen, die erforderlichen Besprechungen über Einzelheiten der zu treffenden Regelung möglichst sofort einzuleiten.

### Die französischen Arbeiter für deutsche Mitarbeit am Wiederaufbau.

Paris, 23. April. Der vom Uq. Arbeiterverband einberufene Kongreß zur Beratung über den Wiederaufbau in Frankreich hat seine Arbeiten beendet und den Beschluß gefaßt, ein Aktionskomitee einzusetzen, das mit der franz. Regierung in Verbindung treten soll, um allgemeine Grundlinien für den Wiederaufbau festzusetzen und durch ein enges Zusammenarbeiten mit den bereits bestehenden Organisationen der Geschädigten und mit den Arbeiterverbänden eine praktische Lösung des Wiederaufbauproblems zu finden. Das Aktionskomitee wird seine erste Sitzung am 8. Mai abhalten. Der Kongreß endigte mit der Annahme einer Entschließung, in der zum Ausdruck gelangt, daß der Hauptreichtum Deutschlands in seiner Arbeit und in seiner Produktion zu suchen sei und daß infolge dessen ein Wiederaufbauprogramm unter Mitbeteiligung der deutschen Arbeiter niemals denkbar sei.

Im Laufe der Debatte wurde erklärt, daß am 28. April auf dem Kongreß in London die französischen Gewerkschafter mit den Vertretern der deutschen Arbeiterorganisationen zusammenkommen würden und alsbald Aufklärung darüber geschaffen würde, auf welche Mitarbeit von deutscher Seite gezählt werden könne.

Eine ganze Reihe von Bürgermeistern zerstörter Ortschaften trat für die Beteiligung der deutschen Arbeiter ein. Ferner wurde bekanntgegeben, daß sich die Kosten des Wiederaufbaus auf 50 Milliarden in bar belaufen würden. Frankreich würde 20 Jahre für den Wiederaufbau brauchen. Deutsche Arbeiter und deutsches Baumaterial seien unbedingt erforderlich.

### Die Besprechungen des englischen und französischen Ministerpräsidenten in Hythe.

Paris, 24. April. Sauerwein berichtet im „Matin“ aus Hythe: Die Verhandlungen mühten drei Phasen durchmachen: 1. Einverständnis mit Belgien und Italien, 2. vollständige Kenntnis der Politik, die die Vereinigten Staaten verfolgen wollen, 3. aufmerksame Prüfung der deutschen Gesamtanschläge. — Perlinax sagt im „Echo de Paris“, die erste Frage Lloyd Georges nach seiner gestrigen Ankunft in Hythe sei gewesen, ob der Entschluß Briands hinsichtlich der Besetzung des Ruhrgebiets so fest sei, wie man nach seinen Reden vermuten könne. Perlinax meint, Briand müsse fest bleiben, denn beim geringsten Schwanken werde Lloyd George einen Schritt zurückweichen. — Nach dem „Petit Parisien“ soll Lloyd George gestern auch eine Unterredung mit Lord Derby gehabt haben, der öffentlich für eine französisch-englische Allianz eintrete. — Der Sonderberichterstatter der Agence Havas stellt fest, daß von beiden Seiten der Verhandlungen über die Unterredungen völlige Zurückhaltung gewahrt werde. — Charles Saglio stellt im „Deuvre“ fest, daß die Aufgabe Briands, die schon durch die Haltung der Vereinigten Staaten sehr schwierig sei, noch viel peinlicher werde durch den Wunsch Lloyd Georges, die Reparationsfrage mit der oberschlesischen Frage zu verbinden. England wünsche nicht, daß die schlesischen Kohlengruben Deutschland weggenommen werden (!). Lloyd George verheimliche diesen Wunsch nicht, denn die Entziehung Oberschlesiens vermindere Deutschlands Produktionskraft zum Nachteil der Entente. Uebrigens seien die Polen nach Lloyd Georges Ansicht unfähig, die Reichtümer dieses Gebiets auszubenten. Sie hätten ja selbst zugestanden, daß sie keine Fachleute besäßen.

Hythe, 24. April. Reuter gibt über die Vormittagsitzung folgenden Bericht aus französischer Quelle: Die Besprechung der Premierminister begann um 11 Uhr und wurde um 2 Uhr verlagert. Die Erörterung trug allgemeinen Charakter und bewies vollständig die englisch-französische Uebereinstimmung über die Notwendigkeit, Deutschland zu sofortiger Zahlungsleistung zu zwingen. Die Premierminister bemühten sich, verschiedene Gesichtspunkte richtig zu stellen, beispielsweise die Opposition gewisser britischer Liberaler und Arbeiterkreise gegen neue Sanktionen, um eine zufriedenstellende Lö-

sung zu erreichen. Es wurde festgestellt, daß eine Besetzung des Ruhrgebiets nur zeitweilig erfolgen und aufgehoben werden würde, sobald Deutschland zahle. Sie würde also nicht den Charakter einer Annexion tragen. Die Besprechung wurde nachmittags wieder aufgenommen.

Hythe, 24. April. Reuters Sonderberichterstatter meldet: In der langen informellen Nachmittagskonferenz wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Endgültige Entscheidungen werden am 30. April bei der Zusammenkunft des Obersten Rats getroffen werden, die, wenn der Kohlenstreik dann vorüber ist, wenn nicht in Paris, in London stattfinden wird. Wie verlautet, befinden sich beide Parteien in Uebereinstimmung. Der französische Vorschlag wurde einstimmig gebilligt. Wenn das Ruhrgebiet besetzt wird, wird sich die britische Beteiligung daran auf einige Abteilungen Kavallerie und einige Tanks beschränken. Es wird betont, daß das Pariser Uebereinkommen sich noch in Geltung befinde. Der britische Vorschlag hat aus Berlin telegraphiert, daß die deutsche Note an die Vereinigten Staaten dem amerikanischen Vorschlag in Berlin heute Mittag eingehändigt worden ist.

London, 24. April. „Observer“ meldet, daß Lloyd George ein von Asquith, Lord Robert Cecil und Barnes unterzeichnetes Memorandum überreicht worden ist, in dem er aufgefordert worden ist, seinen Einfluß nicht in der Richtung der Anwendung neuer Zwangsmassnahmen gegen Deutschland geltend zu machen.

Paris, 24. April. Die Konferenz von Hythe ist um 6.15 Uhr abends zu Ende gegangen. Es wurde beschlossen, daß der Oberste Rat am kommenden Sonnabend in Paris zusammentreten soll. Sollte Lloyd George durch die Streiklage verhindert sein, London zu verlassen, wird die Konferenz in London stattfinden.

### Die angebliche Haltung Lloyd George's.

London, 25. April. (Reuter.) Dem Vernehmen nach besteht kein Zweifel darüber, daß das Ruhrgebiet besetzt worden wird, wenn die Deutschen nicht befriedigende Vorschläge machen.

London, 25. April. Ueber die Konferenz zwischen Lloyd George und Briand in Lympe bringt der „Observer“ folgende Mitteilung: Es dürfte als wahrscheinlich angesehen werden, daß das Bestehen Lloyd Georges auf einer tête-à-tête-Konferenz mit Briand ohne die Sachverständigen bedeutet, daß er die Absicht hat, allein den Grundfah der Zwangsmassnahmen und nicht der Anwendung eines verfehlten Planes, insbesondere den die französischen Sachverständigen in den letzten 14 Tagen bis ins Einzelne ausgearbeitet hätten und den Briand wahrscheinlich in seiner Tasche mitgebracht habe, zu besprechen. Es handle sich demnach um die Frage: Wird England Frankreich beistehen entweder mit Truppen oder mit Material oder mit seiner moralischen Unterstützung, wenn das Ruhrgebiet besetzt wird, da die Franzosen ihre Ansicht, dieses Gebiet zu besetzen, klar zum Ausdruck gebracht haben.

Paris, 25. April. Der Berichterstatter des „Temps“ in Hythe meldete gestern Nachmittag, Lloyd George habe gestern Vormittag die Aufzeichnungen des Generalsekretärs Bertelot angehört, aber einige Einwendungen vorgebracht. Er habe gesagt, man müsse nicht nur die wirkliche Schwäche der deutschen Regierung in Rechnung stellen, sondern auch auf die Kreise in den verschiedenen alliierten Ländern Rücksicht nehmen, die Einwendungen über die Art der Sanktionen machten. Er habe direkt auf den vorgelegten Brief von Asquith, Lord Robert Cecil und Clynnes hingewiesen und auch hervorgehoben, daß die amerikanische öffentliche Meinung heute den Alliierten günstig gesinnt sei, daß sie aber eine weniger günstige Haltung einnehmen könnte, wenn man gegenüber Deutschland Massnahmen von großer Strenge anwende. Der englische Premierminister sei geneigt gewesen, einen letzten Versuch mit Deutschland zu empfehlen. Er scheine nicht die Hoffnung aufzugeben, Deutschland zu einer aufrichtigeren (!) Auffassung seiner Verpflichtungen führen zu können.

### Eine englische Stimme über die französischen Pläne.

London, 25. April. Der „Observer“ schreibt: Bei den ersten Beratungen zwischen den beiden Premierministern in Lympe wurde ein wichtiger Punkt in den französischen Vorschlägen, nämlich ob die Besetzung des Ruhrgebiets unumgänglich sein soll, in der Schwebe gelassen. Lloyd George ist auf diesen Punkt nicht weiter eingegangen, da er in erster Stunde noch Hoffnung hatte, daß Berlin mit einem greifbaren Angebot hervortreten werde. In Lympe habe man jedoch nichts weiter über das neue Angebot gehört, das Deutschland vorgestern angeblich vorbereitet habe. Der „Observer“ führt dann weiter aus: In Frankreich hat anscheinend in den letzten Tagen zwischen den Sachverständigen eine Meinungsverschiedenheit ge-

er  
del  
Erlangen  
ischer Hof.  
bends 8 Uhr  
b  
eure  
mm.  
Geschäftsfreunde,  
Rechnung  
beglitten.  
ank Calw  
Stuttgarter  
phalt- und  
eergeheft  
von Seeger  
Stuttgarter  
doltstraße 10  
empfehl  
chpappe  
adylack  
rbotinum.  
se ständig  
leisch  
fan. Bieh.  
Art, zu Fisch  
tterzwecken  
if amtlich erlaubt.  
ropp, Rohrdorf  
d. Telefon 6.  
sserglas  
arantol  
empfehl  
erdrogerie  
Calw.

herzucht. Es wurde dort über 2 Pläne beraten: 1. einen allgemeinen von Seydoux entworfenen Plan, wonach eine interalliierte Kontrolle der deutschen Ausfuhr und der deutschen Rohlenutzung ausgeübt werden sollte mit der Drohung einer Besetzung des Ruhrgebiets, wenn Deutschland sich widerpenstig zeigte, 2. ein sofortiger und endgültiger Plan einer militärischen Besetzung des Ruhrgebiets als Einleitung und als Mittel zur Erlangung der alliierten Forderungen. Briands unbestimmte vorgestrichene Haltung in der Frage, ob die Besetzung des Ruhrgebiets ein integrierender Teil des Planes sei oder nicht, scheint anzudeuten, daß Seydoux Plan die Oberhand gewonnen habe, obgleich es natürlich möglich sei, daß Briand vorgestern nur seine Fühler ausgestreckt habe, um das diplomatische Terrain abzutasten.

### Angebliche Äußerungen Harding's.

Paris, 23. April. Präsident Harding hat nach dem „Newre“ noch gesagt, er wisse, daß er eine große Verantwortung übernehme, aber er könne nicht nein sagen, weil er nicht wiedergutzumachendes Unglück verhindern wolle. Dieses Unglück sei nach Ansicht Harding's die Besetzung des Ruhrgebiets. Die amerikanische Regierung wolle nicht, daß ihr Eingreifen als Vermittlung oder als Schiedspruch gedacht würde. Aber das sei nur eine Formfrage. Harding wisse sehr gut, daß, wenn er annehme, die Angelegenheit der Aufmerksamkeit der Alliierten zu unterbreiten, das heißt, wenn er Deutschlands Vorschläge die er für annehmbar halte, weitergebe, er tatsächlich eine Vermittlung übernehme. Es sei ihm unmöglich, ein einfacher Briefträger zu sein. Die Umstände würden ihn gezwungen machen zum Schiedsrichter der Angelegenheit machen.

## Ausland.

### Die Tiroler für den Anschluß an Deutschland.

Innsbruck, 25. April. Von etwa 150 000 Stimmberechtigten haben ungefähr 90 Prozent ihre Stimme abgegeben, von denen mindestens 120 000 bis 125 000 für den Anschluß an Deutschland gestimmt haben.

Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen wurden in Innsbruck 33 454 für und 472 gegen den Anschluß abgegeben. Auch in Kufstein, Schwaz, Imst und Landeck ergab sich eine überwältigende deutsche Mehrheit.

Innsbruck, 25. April. In Bozen hat gestern ein Zusammenstoß zwischen Faschisten und deutschen Bauern stattgefunden, wobei eine Person getötet und 43 verwundet wurden, darunter 8 schwer.

### Trossprüche der Völkerbundskommission für das zum Siechtum verurteilte Oesterreich.

Wien, 23. April. Heute nachmittag fand im Ministerium des Äußern unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers eine Besprechung mit den Delegierten der Finanzkommission des Völkerbundes statt. Namens der Kommission äußerte sich Staatsrat Stückradt über die Eindrücke, die die Kommission in den Besprechungen mit den bedeutendsten Persönlichkeiten des Landes gewonnen habe: Wir sind heute persönlich noch mehr als bei unserer Ankunft davon überzeugt, daß die ausländische Hilfe eine dringende Notwendigkeit, ja eine absolute Bedingung für die finanzielle Wiederherstellung Oesterreichs ist. Sie ist aber unausführbar, wenn sie nicht mit Oesterreichs festem Entschluß verbunden ist, die notwendigen Schritte für eine innere Reform und Gesundung vorzunehmen. Die Wiederherstellung des österreicherischen Kredits und die Gesundung der inneren Lage Oesterreichs müssen den Gegenstand eines einzigen, in allen Teilen solidarischen Planes bilden. Die ganze Welt muß das Vertrauen haben, daß Oesterreich den Willen besitzt, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Nachdem der Finanzminister und der Ernährungsminister die Finanz- und Ernährungsfragen besprochen hatten, dankte der Bundeskanzler den Delegierten des Völkerbundes für die Darlegungen, die einen günstigen Eindruck gemacht hätten und ersuchte, die Aktion für Oesterreich in raschem Fluß zu bringen und so rasch wie möglich durchzuführen; sonst würde die österreicherische Bevölkerung, die schon durch das Scheitern der Anträge der Reparationskommission eine schwere Enttäuschung erfahren habe, hoffnungslos werden, und eine politisch und wirtschaftlich unumgängliche Lage entstehen. Er hoffe zuversichtlich, daß die Zusammenarbeit der Kommission mit der Regierung bald zu positiven Resultaten führen werde. Am Montag beginnen die meritorischen Verhandlungen. — Es ist bezeichnend für den Charakter des „Völker“-Bunds, daß man dem deutschen Lande im Interesse der Entente einfach den natürlichen Anschluß an sein Mutterland verbietet, und es daher künstlich zu ernähren versucht, wodurch begreiflicherweise nie eine Gesundung erfolgen kann.

### Neuwahlen in Belgien.

Brüssel, 24. April. Agence Belgique. Heute finden im ganzen Lande Neuwahlen zu den Gemeinderäten statt. Bei den Wahlen, die auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts und nach dem Proportionalwahlrecht vor sich gehen, genießen die Frauen zum erstenmal aktives und passives Wahlrecht.

### Kriegerische Absichten der Albanier gegen Griechenland?

Athen, 23. April. (Agence d'Athènes.) Nach zuverlässigen Meldungen haben Albanier sich in einer Stärke von 5000—6000 Mann an drei Stellen der Grenze von Epirus gesammelt und beständige Stellungen bezogen. Diese Tätigkeit vollzieht sich unter ausländischem Einfluß (Italien?) und unter Mitwirkung türkischer Offiziere.

### Annahme des Frauenstimmrechts in Griechenland.

Athen, 23. April. Wie einer Havas-Meldung hat die Kommission für die Verfassungsrevision mit großer Mehrheit das Prinzip des Frauenstimmrechts angenommen.

### Auch Nicaragua tritt aus dem Völkerbund aus.

Paris, 24. April. Wie der „Chicago Tribune“ aus Managua gelabelt wird, hat Nicaragua seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt, angeblich weil die Kosten zu hoch seien, wahrscheinlich aber, weil es seine Politik mit der von Washington in Einklang bringen will.

### Die französische Propaganda in Südamerika.

Paris, 24. April. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Rio de Janeiro wird nach halbamtlichen Berichten Marschall Petain demnächst in Südamerika eintreffen, um die Leitung der französischen Propaganda in Argentinien, Uruguay und Brasilien zu übernehmen.

## Die Regierungsbildung in Preußen.

### Die Programmrede des neuen preußischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 22. April. In seiner heutigen Programmrede im preussischen Landtag erklärte Ministerpräsident Stegerwald: Die Regierung steht einmütig auf dem Boden der Reichs- und preussischen Verfassung. Sie wird die großen Reformgesetze über die Gemeindeverfassung, sowie das Gesetz über die Provinzialautonomie so rasch als möglich vorlegen. Handel und Wandel sind durch die von unseren ehemaligen Feinden geplanten Maßnahmen aufs äußerste bedroht. Zerbröckelt man die Nerven unseres Wirtschaftslebens, so wird das für die Gläubiger des deutschen Volkes und für uns selbst die größten Nachteile haben. Uns droht dann vor allem die Arbeitslosigkeit. Deshalb wird die Regierung die Frage der produktiven Erwerbslospfürsorge eifrig fördern. In Verbindung hiermit wird die Regierung auf die Erhaltung eines gesunden unabhängigen Mittelstands Bedacht nehmen und auch die Vermehrung des landwirtschaftlichen Mittelstands, sowie die Schaffung von Arbeitsstellen eifrig betreiben. In Erfüllung der Reichsverfassung wird das Verhältnis zwischen dem Staat und den Religionsgesellschaften neu zu regeln sein. Die überaus schwierige Lage der preussischen Staatsfinanzen erfordert äußerste Sparsamkeit. Seit der Revolution ist die Frage des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen niemals zur Ruhe gekommen. Die Regierung wird sich die Pflege bester Beziehungen zum Reich angelegen sein lassen. Zur Zeit tritt die Frage der Neugliederung des Reiches zurück hinter der unbedingten Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Lande, die neben dem Verbleiben von Oberschlesien beim Reich die wichtigsten Voraussetzungen auch für die Erfüllung der Leistungen aus dem Friedensvertrage ist. Oberschlesien hat sich mit großer Mehrheit entschieden, bei Deutschland zu verbleiben. Soll das Selbstbestimmungsrecht des Volkes nach dem Versailler Vertrag nicht zum Gespött der Welt werden, so ist über das Schicksal Oberschlesiens zu Gunsten Deutschlands entschieden. Die sogenannten Sanktionen und die Methoden neuer Gewaltmaßnahmen bedrohen das deutsche Volk mit schwersten Erschütterungen. In der Stunde der Gefahr und schwerster Verdorungen hat sich das deutsche Volk stets als standhaft gezeigt und so ist anzunehmen, daß auch die Sanktionen unserer ehemaligen Gegner das deutsche Volk einig finden werden. Dank der Standhaftigkeit der Rheinländer haben die Sanktionen bisher nicht das erstrebte Ziel erreicht. Sie werden es auch nicht erreichen. Die Regierung wird mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür Sorge tragen, daß das Reich den schwer bedrohten Landesteilen Hilfe bringt. Wenn wir jetzt mit unseren Gegnern erneut über die Wiedergutmachung und auszusprechen werden, so muß betont werden, daß alles das, für was die deutsche Unterschrift verlangt wird, im Rahmen der Leistungsmöglichkeit des deutschen Wirtschaftslebens gehalten sein muß.

### Die Aussprache im Landtag.

Berlin, 22. April. Bei Besprechung der Erklärung des Staatsministeriums stellte Abgeordneter Stiering (Soz.) fest, nach dem Ergebnis der Wahl hätte die Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition als das Gegebene angesehen werden müssen, und kündigte der Regierung, die sich auf den größten Feind der Sozialdemokraten stütze, schärfsten Kampf an. — Abgeordneter Herold (Ztr.) betonte, das Zentrum sei, um ein Kabinett zu erzielen, dessen Zusammensetzung dem Wahlergebnis einigermaßen entsprechen solle, für die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition eingetreten. — Abg. Binkler (Dösch.) betonte, in dem Programm des Ministerpräsidenten sei der warme nationale Ton und der Ruf nach Einigkeit besonders wohltuend. — Abg. von Campe (D. Volkspartei) erklärte, seine Partei werde mit aller Zurückhaltung die Schritte des neuen Ministeriums beobachten. Er wies auf die Notwendigkeit einer Einheitsfront hin, die unter dem Druck der äußeren und inneren Lage kommen werde und kommen müsse vom Reich oder von Preußen. Die übertriebene Autonomiepolitik liefere Wasser auf die Mühlen der Franzosen. — Abg. Schulz-Neudöln (Komm.) erwiderte in der Anknüpfung, daß die in der preussischen Verfassung festgelegten Grundzüge mit allen staatlichen Nachmitteln verteidigt werden sollen, eine Kampfansage an das revolutionäre Proletariat. — Ministerpräsident Stegerwald führte aus, zu derselben Zeit, in der im Deutschen Reichstag die Deutsche Volkspartei eine schwere Verantwortung für unsere nationale Zukunft trage, könne er es nicht verantworten, dieser Partei hier einen Fußtritt zu versehen. Die amerikanische Presse betone, daß Amerika sich an einer internationalen Anleihe nicht beteiligen wolle, falls Deutschland dabei aus innerpolitischen Gründen sozialistische Experimente mache. Er habe die Koalition verbrettern wollen, um den für Deutschland notwendigen Eindruck im Ausland zu erwecken. — Das Haus vertagte sich darauf auf morgen Vormittag.

## Wie zahle ich meine Einkommensteuer?

### Der Gewerbetreibende.

Das Reichseinkommensteuergesetz hat die vier Grundarten der früheren Steuerbelastung (Grundbesitz, Gewerbe, Kapital und Arbeit) beibehalten; es hat aber von der früheren Veranlagungsart abweichen müssen. Die Abweichung war notwendig, weil sich nach dem Kriege die wirtschaftliche Lage beträchtlich verschoben hatte.

Für die Gewerbetreibenden — d. h. solche Steuerpflichtige, die auf eigene Rechnung und Gefahr arbeiten — trat beim Übergang der Finanzverwaltung auf das Reich in Württemberg, anders als in Preußen, eine wesentliche Änderung nicht ein. Nach dem Reichseinkommensteuergesetz wird der Veranlagung bei allen Einkommensträgern, also auch bei den Gewerbetreibenden, das in einem Kalender- (oder Wirtschafts-) Jahr bezogene Einkommen zugrunde gelegt.

Anders als bei den Lohn- und Gehaltsempfängern, bei denen durch den Lohnabzug der Steuerbehörde feste Unterlagen gegeben waren, mußten bei den Gewerbetreibenden die letzten landessteuerlichen Unterlagen zu Hilfe genommen werden. Alle diejenigen Steuerpflichtigen, welche für die Zeit vor dem 1. April 1920 zur Landessteuerveranlagung veranlagt worden waren (ohne Ausnahme auch die Gewerbetreibenden), erhielten im Laufe des 1. Halbjahres 1920 einen vorläufigen Steuerbescheid, dem das für die letzte Landessteuerveranlagung maßgebliche Einkommen zugrunde gelegt war. Die Steuer wurde nach dem Reichsteuertarif und unter Berücksichtigung des sogenannten Existenzminimums festgesetzt. Zu zahlen war sie dann in 4 Raten am 15. 5., 15. 8., 15. 11. 1920 und 15. 2. 1921.

Die endgültige Veranlagung findet nach Ablauf des Kalenderjahres statt. Die Unterlagen hat jeder, auch der Gewerbetreibende, wenn er ein Jahreseinkommen von mehr als 10 000 M. hatte oder vom Finanzamt aufgefordert wurde, in einer Einkommensteuererklärung beizubringen. Auf Grund dieser wird jetzt die endgültige Einkommensteuer für das Einkommen aus dem Kalenderjahre 1920 festgesetzt. Sie gilt zugleich als vorläufige Steuer für das laufende Rechnungsjahr 1921. Auf die endgültige festgesetzte Einkommensteuer wird der Vorstoß angerechnet, der auf den vorläufigen Steuerbescheid hin gezahlt worden ist. Ist der gezahlte Betrag geringer gewesen, so wird eine Nachzahlung zu leisten sein; ist er dagegen größer, so wird er auf die nachschüssige Steuer Schuld gutgeschrieben.

Bei der Ausfüllung des Veranlagungsvordrucks muß der Hauptfrage nach dem Geschäftsgewinn aus dem Betriebe besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Zunächst ist zu beachten, daß diese Frage nur für rein gewerbliche Betriebe gilt. Die Ausübung der Rechtsanwaltschaft, des Notariats und der ärztlichen Praxis gilt nicht als gewerbliche Tätigkeit. Das gleiche gilt hinsichtlich der Einnahmen der Künstler, Architekten, Ingenieure, Privatlehrer, Schriftsteller und der Angehörigen anderer freier Berufe.

Die Abgabe der Einkommensteuererklärung gestaltet sich am einfachsten, wenn der Gewerbetreibende ordnungsmäßig Bücher führt. Wer diese Geschäftsregel nicht beachtet, erschwert nicht nur der Veranlagungsbehörde, sondern auch sich selbst die Arbeit, da eine genaue Nachprüfung seiner Angaben seitens der Steuerbehörde zu erwarten ist. Aus diesem Grunde hat der Gesetzgeber bestimmt, daß jeder, der mehr als 10 000 M. zu versteuern hat und nicht schon durch das Handelsbuch zur Buchführung verpflichtet ist, seine Einnahmen aufzeichnen soll.

Außerordentlich wichtig für den Gewerbetreibenden ist die richtige Auslegung des Begriffs „Werbungskosten“. Auch bei dem Einkommen aus einem Gewerbebetrieb dürfen diejenigen Werbungskosten abgezogen werden, die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens aufzuwenden sind. Im allgemeinen werden daher alle diejenigen Aufwendungen als Werbungskosten anzusehen sein, die in einer unmittelbaren Beziehung zu den der Einkommensteuer unterliegenden Einkünften eines Gewerbetreibenden stehen. Unter den am häufigsten vorkommenden geschäftlichen Werbungskosten sind zu nennen: Miete, auch für Ausstellungsräume, Personalkosten, Gehälter, Löhne, Provisionen, Gratifikationen, freie Station, übliche Weihnachtsgeschenke, Trinkgelber, Angestelltenversicherungsbeiträge, persönliche Unfallversicherungsprämien, Speisen beim Ein- und Verkauf, sowohl im Betrieb wie beim Kundenbesuch, Reklameschilder, Dekorationskosten, Reinigungskosten, einschließlich der dafür benötigten Materials, Berufskleidung, angemessene Abschreibungen auf das Inventar, persönlicher Aufwand im Geschäftsinteresse, Reklamekosten, Prozeßgebühren, Steuern (außer der Einkommensteuer), Gebühren und Beiträge, soweit sie als abzugsfähig ausdrücklich anerkannt sind, Stempelkosten, Innungs-, Kammer- und Verbandsbeiträge, Versicherungen gegen Feuer, Haftpflicht und Diebstahl, also alle diejenigen Aufwendungen, die im geschäftlichen Leben im allgemeinen als Handlungskosten bezeichnet werden. In seinem eigenen Interesse kann jedw. Gewerbetreibenden nur geraten werden, alle seine Geschäftsjahre einzeln anzuführen und auf einer Beilage der Einkommensteuererklärung beizufügen. Nur so wird der Veranlagungsbeamte sich ein klares Bild von denjenigen Kosten machen können, die als Werbungskosten von dem Einkommen abzugsfähig sind.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 25. April 1921.

### Dienstnachricht.

Der Oberbahnhofsleiter Herr Weik in Calw wurde zum Eisenbahnspektoral auf seiner jetzigen Dienststelle befördert.

### Stadttierarzt Kleinbusch

Mit dem im Alter von 75 Jahren verstorbenen Stadttierarzt a. D. Friedrich Kleinbusch scheidet eine Persönlichkeit aus dem öffentlichen Leben Calws, die seit Jahrzehnten auf den verschiedensten Gebieten sich mit Erfolg betätigt hat. Der Verstorbene hatte seine berufliche Laufbahn als Hufschmied begonnen. Seine ausgezeichneten Fähigkeiten und sein strebamer Geist ermöglichten es ihm, als Fleischbeschauer und Tierarzt auszubilden, in welcher Eigenschaft er lange Jahre in Stadt und Bezirk Calw tätig gewesen ist. Seit 1897 war der Verstorbene Mitglied des Gemeinderats und bekleidete dieses Amt bis zum Ende des Krieges bei. Das Vertrauen seiner Mitbürger berief ihn auch als Hospital- und Armenpfleger, sowie als Waisenrichter. In den letzten Jahren veranlaßten die zunehmenden Beschwerden des Alters und Kränklichkeit den Verstorbenen, seine umfangreiche Betätigung im öffentlichen Leben einzuschränken. Seine großen und vielseitigen Verdienste auf beruflichem Gebiete sowie im Interesse unserer Stadt werden in dauerndem dankbaren Andenken bleiben.

### Erfindung eines Calwers.

Von Seiten eines Münchner Patentbüros geht uns folgende Mitteilung zu: Von dem Kaufmann Otto Knecht von Calw wurde dieser Tage dem Reichspatentamt Berlin ein Antrag eingereicht um Patentierung eines selbsttätigen Feuermelers mit zusätz-

selbsttätigem Feuermelers der Allgemeinheit einen erst mit der Zeit bemerkbar, Zeitpfeil, Kapitalaushub seit Jahren gestiegen, hätte sich wohl an die stellen. Da Knecht in dem um so höher anzunehmen, z. B. in einem Zimmer nicht bewohnt ist, Feuer welchem Zimmer der Brand innerhalb einiger welche Gegenstände, die zu beschädigen. Die gefungung nicht zu hoch komjedermann diesen einfach zu wünschen, daß Knechtigkeit übergeben würde.

### Baum

Bei der im letzten ist u. a. Ernst Frohn erklärt worden und hat die Befreiung der Kle

Zu Gunsten der Einkommensteuernovelle ei feitherigen Zustand g Jahre alten oder erwe Einkommen von nicht sächlich aus Kapital auf Antrag die Kapite betragt, auf die Einkommen bis zu 50 90 Proz. und so fort zwischen 13 und 14 000 Kapitalertragssteuerbet kommensteuerbetrag

Zu dem Anrechnunge Antragsformul a) für die Einwohneramt Calw in der b) für die übrigen

Hirau. Die Gesuche selbst amt, für die übrigen zureichen. Sofern es Einkommensteuerfrei werden, nachdem die sein wird. Den Gesuchweis über die Höhe bringen, beizufügen.

parlase Calw einbehalten. Giro-Guthaben, so fer Kasse und dem Zin als Ausweis über die neuesten Stand ergän; denn durch den bei d „Reizings“ wird zumtende Kapitalertrags die von ihm entrichte er nur ein Reunfel de men. So hat z. B. je gutgeschrieben werden von 153 M. gleich 17

### Gastspiel des fii

Auf das heute abend spiel „Die Königin der und Schwarz wird noch hellere Operette mit ihreit einige angenehme u führung findet mit ganz schätzig bei Rentabilität Calw (erstklassige Operemäßig zu veranstalten.

Oberbürger (E.C.) Stuttgart, tag vorgemommenen Oberbürgermeister Lau

## Za

als W. L. Sprechstunden Sonn



D. Hef

...fängern, bei dem  
...Interlagen geben  
...letzten Landessteuer-  
...Alle diejenigen  
...1. April 1920 zur  
...ohne Ausnahme  
...des 1. Halbjahres  
...das für die letzte  
...zugrunde gelegt  
...trif und unter Be-  
...festgesetzt. Zu  
...15. 11. 1920 und  
...auf des Kalenders  
...Gewerbetreibende,  
...000 M. hatte aber  
...Einkommensteuererlä-  
...die endgültige Ein-  
...der Jahre 1920 fest-  
...das laufende Reche-  
...Einkommensteuer-  
...läufigen Steuerbe-  
...Betrag geringer ge-  
...er dagegen größer,  
...geschrieben.  
...Es muß der Haupt-  
...Betriebe besondere  
...beachten, daß diese  
...e gilt. Die Aus-  
...und der bezüglich  
...als gleiche gilt hin-  
...Ingenieure, Privat-  
...freier Berufe.  
...staltet sich am ein-  
...fähig Wähler führt  
...nicht nur der Ver-  
...heit, da eine genaue  
...behörde zu erwarten  
...umt, daß jeder, der  
...von durch das Heme-  
...Einnahmen auf-  
...enden ist die rich-  
...ten". Auch bei  
...diesemigen Beson-  
...ng, Sicherung und  
...Im allgemeinen  
...Verwaltungskosten an-  
...ng zu den der Ein-  
...Gewerbetreibenden  
...geschäftlichen Ver-  
...tellungsräume, Per-  
...sitionen, freie Ein-  
...Angestelltenverhält-  
...nien, Spesen beim  
...Kundenbesuch, Re-  
...e, einschließlich des  
...gemeinsame Abrech-  
...der der Einkommen-  
...zugfähig ausrech-  
...Kammer- und Ver-  
...stpflicht und Nie-  
...geschäftlichen Leben  
...zeichnet werden. In  
...enden nur gerade  
...anzuführen und auf-  
...fügen. Nur so wird  
...denjenigen Kosten  
...Einkommen abzu-

**Leistungsfähiger Feuerlöschapparat.** Knecht dürfte mit dieser Erfindung der Allgemeinheit einen sehr großen Dienst erwiesen haben, der sich erst mit der Zeit bemerkbar machen wird. Durch unermüdlige Arbeit, Zeitopfer, Kapitalaufwand hat sich Knecht nunmehr an sein schon seit Jahren gestecktes Ziel herangearbeitet. Diese Erfindung dürfte sich wohl an die Spitze des Feuermelde- und Löschwesens stellen. Da Knecht in der Chemie ein Laie ist, ist ihm diese Leistung um so höher anzurechnen. Der Apparat ist so gebaut, daß wenn er in einem Zimmer im oberen Stockwerk eines Hauses, welches nicht bewohnt ist, Feuer ausbricht, der Apparat sofort meldet, in welchem Zimmer der Brand ausgebrochen ist und außerdem wird der Brand innerhalb einiger Minuten von selbst gelöscht, ohne irgendwelche Gegenstände, die evtl. nicht durch Feuer angegriffen wurden, zu beschädigen. Die gesamte Einrichtung dürfte bei Massenanzfertigung nicht zu hoch kommen und es besteht daher Aussicht, daß sich jedermann diesen einfachen Apparat anschaffen kann. Es wäre sehr zu wünschen, daß Knecht sein Patent möglichst bald der Öffentlichkeit übergeben würde.

### Bauwerkmeisterprüfung.

Bei der im letzten Monat abgehaltenen Bauwerkmeisterprüfung ist u. a. Ernst Frohnmeyer von Althengstett für befähigt erklärt worden und hat die Bezeichnung „Bauwerkmeister“ erlangt.

### Befreiung der kleinen Rentner von der Kapitalertragssteuer.

Zu Gunsten der kleinen Rentner hat § 44 der neuen Einkommensteuervolle eine wesentliche Änderung gegenüber dem bisherigen Zustand gebracht. Danach wird jedem über 60 Jahre alten oder erwerbsunfähigen Steuerpflichtigen bei einem Einkommen von nicht über 14 000 M., sofern sich dieses hauptsächlich aus Kapital- und Pensionseinkommen zusammensetzt, auf Antrag die Kapitalertragssteuer, wenn sie mindestens 5 M. beträgt, auf die Einkommensteuer angerechnet und zwar bei Einkommen bis zu 5000 M. zu 100 Proz., bis zu 6000 M. zu 90 Proz. und so fort bis herab zu 10 Proz. bei Einkommen zwischen 13 und 14 000 M. Evtl. wird der anrechnungsfähige Kapitalertragssteuerbetrag in bar erstattet, so weit er den Einkommensteuerbetrag übersteigt.

Zu dem Anrechnungs- bzw. Erstattungsgehalt sind entsprechende Antragsformulare zu beziehen:

- a) für die Einwohner der Oberamtsstadt Calw beim Ortssteueramt Calw in der Bahnhofstraße.
- b) für die übrigen Bezirkseinwohner vom Finanzamt Hirsau.

Die Gesuche selbst sind für Calw beim dortigen Ortssteueramt, für die übrigen Gemeinden beim Finanzamt Hirsau einzureichen. Sofern es sich um Personen handelt, die zweifellos einkommensteuerfrei sind, können die Gesuche erst behandelt werden, nachdem die Veranlagung zur Einkommensteuer erfolgt sein wird. Den Gesuchen sind Bescheinigungen, die den Nachweis über die Höhe der entrichteten Kapitalertragssteuer enthalten, beizufügen. Handelt es sich um durch die Oberamtsparlisse Calw einbehaltenen Kapitalertragssteuer von Spar- oder Giro-Guthaben, so genügt nach Uebereinkunft zwischen dieser Kasse und dem Finanzamt Hirsau die Vorlage des auf den als Ausweis über die Entrichtung der Kapitalertragssteuer, neuesten Stand ergänzten Sparbuches oder Giro-Konto-Buches, denn durch den bei der Zinsenguldschrift verwendeten Stempel „Nettozins“ wird zum Ausdruck gebracht, daß die zu entrichtende Kapitalertragssteuer einbehalten ist. Will der Später die von ihm entrichtete Kapitalertragssteuer wissen, dann hat er nur ein Reunzel des gutgeschriebenen Zinsbetrags zu nehmen. So hat z. B. jemand, dem an Nettozins für 1920 153 M. gutgeschrieben wurden, an Kapitalertragssteuer ein Reunzel von 153 M. gleich 17 M. entrichtet.

### Gastspiel des städtischen subv. Viktoriatheaters Pforzheim.

Auf das heute abend im „Badischen Hof“ stattfindende Gastspiel „Die Königin der Luft“, Operette in 3 Akten von Raimann und Schwarz wird nochmals besonders hingewiesen. Diese überaus heitere Operette mit ihrer frischen und fröhlichen Musik wird mit Sicherheit einige angenehme und genussreiche Stunden bereiten. Die Aufführung findet mit ganzem Orchester statt. Das Viktoriatheater beschäftigt bei Rentabilität in kommender Winterzeit Gastspiele in Calw (erstklassige Operetten und gute Schau- und Lustspiele) regelmäßig zu veranstalten.

### Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart.

(Stuttg.) Stuttgart, 21. April. Bei der am heutigen Sonntag vorgenommenen Stadtverordnetenwahl wurde der bisherige Oberbürgermeister Lautenschlager, für den sämtliche Bürgerliche

Parteien und die Mehrheitssozialisten eintraten, mit 60 697 Stimmen von insgesamt 79 698 abgegebenen wiedergewählt. Der Gegenkandidat, der kommunistische Gemeinderat Schneck erhielt 9704 Stimmen. Ungültig waren 286, zerstückelt 13 Stimmen. Von den letzteren entfielen u. a. je eine Stimme auf Hindenburg, Ludendorff und den Herzog zu Württemberg. Die Wahlbeteiligung betrug 42 Prozent, die Zahl der Wahlberechtigten 188 433. Die Wahl nahm einen durchaus ruhigen Verlauf. Die unabhängigen Sozialdemokraten hatten Wahlhaltung proklamiert. Trotz eifriger Wahlagitatorik von kommunistischer Seite ist ihr Erfolg sehr unbedeutend. Bei der Landtagswahl im vorigen Sommer brachten sie rund 10 000 und die Unabhängigen, die unterdessen meist zu den Kommunisten übergegangen sind, 30 000 Stimmen auf.

(Stuttg.) Stuttgart, 21. April. Das erste Spiel in der Endrunde um die Süddeutsche Fußballmeisterschaft, das heute auf dem Degerlocher Spielplatz zwischen dem Fußballklub Phönix-Ludwigshafen und dem ersten Fußballklub Pforzheim ausgetragen wurde, endete mit 1:0 zu Gunsten der Ludwigsphäner, die auch Rheintalmeister sind.

### Landtag.

(Stuttg.) Stuttgart, 22. April. Fast volle vier Stunden hat heute der württ. Landtag um das Polizeigesetz, das nur 2 Artikel mit 15 Zeilen umfaßt, eine politische Debatte von äußerster Heftigkeit geführt, wie sie in der Geschichte des Halbmonats wohl einzig darsieht. Nicht das Gesetz stand im Mittelpunkt der bewegten Aussprache, sondern der Minister des Innern, Graf, gegen den von der Sozialdemokratie und der äußersten Linken Sturm gelaufen wurde. Fast schien es, als ob die Sozialdemokraten eine Sprengung der Koalition beabsichtigt hätten. Nach dem Bericht des Abg. Braig (Ztr.) über das Gesetz, das bekanntlich den Gemeinden verbietet, Einrichtungen und Gegenstände der Polizei abzuschaffen, vertrat Abg. Mülberger (D. d. P.) den Standpunkt des Städtetags mit seinen Anträgen, die Beschlußfassung über das Gesetz auszusetzen und die wesentlichsten Bestimmungen in den zu erwartenden Entwurf über die Verstaatlichung der Polizei zu übernehmen. Die Unabhängigen lehnten das Gesetz ab durch Kinkel, der es ein Gesetz zur Entmündigung der Gemeinden bezeichnete. Abg. Heymann (Soz.) hält die Vorlage für ein politisches Gesetz. Die Regierung habe sich auf die Rechte des Hauses eingestellt. Als er zum Angriff auf Minister Graf überging, der dem Ausschuss vertrauliche Mitteilungen verweigert habe, kam es zu stürmischen Szenen. Eine Geste des Ministers erzeugte Juchens und Gegenrufe. Minister Graf erklärte, der Kampf der Sozialdemokratie gegen ihn nehme immer mehr einen persönlichen Charakter an, unter Führung von seinem Amtsvorgänger Heymann, weshalb auch dieses Gesetz zu einer politischen Frage gemacht wurde. Im übrigen sei der Entwurf eine Vorlage des Staatsministeriums, in dem die demokratische Partei das Uebergewicht habe. Minister Dießing trat warm für die Vorlage ein. Es handle sich um Einrichtungen im Interesse der Selbstverwaltung der Gemeinden. Die Abgg. Vogt (Ztr.), Scheff und Flad (D. d. P.) unterstützten den Regierungsentwurf und lehnten es ab, aus dem Gesetz eine politische Frage zu machen. Abg. Mülberger (D. d. P.) hielt an seinen Anträgen fest. Rüttiger und Heymann (Soz.) führten den Kampf gegen Graf weiter, der damit nur seinen Unmut an der Stadt Stuttgart kühlend wollte und bezeichnete die Gesetzesvorlage als das rigoroseste Gesetz, das je im Landtag zur Beratung kam. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde gegen alle Sozialdemokraten angenommen und in namentlicher Abstimmung die Anträge Mülberger mit 47 gegen 32 Stimmen (alle Soz. und einige D. d. P.) abgelehnt, das Gesetz selbst mit gleichem Stimmenverhältnis in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung mußte auf Einspruch der Unabhängigen und Kommunisten verschoben werden. Finanzminister Dießing hat, in der Woche vor Pfingsten einen Nachtragsetat zu beraten, der das Hüttenwerk in Baffersalgen betrifft. Dem Präsidium wurde die Ermächtigung erteilt, die nächste Sitzung festzusetzen. Gegen 6 Uhr vertagte sich das Haus.

### Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Immer neue Störungen kommen von Nordwesten, während der Hochdruck im Westen stehen bleibt. Am Dienstag und Mittwoch ist deshalb unbefriedigendes, mäßig kühles, streichweise regnerisches Wetter zu erwarten.

(Siebenzell, 25. April. Deffentliche Sitzung des Gemeinderats. Anwesend 12 Mitglieder. Voraus geht eine Sitzung des Armenrats, bei welcher Stadtparrer Sandberger anwesend ist, und in welcher eine Reihe Stiftungszinsen zur Verteilung kommen. — Hierauf wird zur endgültigen Beschlußfassung über die Errichtung eines Ehrenmals für die hiesigen Gefallenen geschritten. Dasselbe soll in den Kirchhof gegenüber dem Haupt-

portal der Kirche zu stehen kommen. Gemeinderat Ellig teilt mit, daß man Stimmen höre, wonach ein Platz innerhalb der Stadt hätte gewählt werden sollen. GR. Kling findet den gewählten Platz für ganz besonders geeignet. GR. Böhmle bemerkt, daß ein anderer Platz gar nicht mehr in Frage kommen könne, nachdem man sich für einen der Entwürfe entschieden habe, die eigens für diesen Platz entworfen worden seien und sich für einen anderen Platz deshalb auch gar nicht eignen würden. Mit 10 Stimmen wird darauf Entwurf 3 von Esfänger und Wolf (Stuttgart) gewählt, 2 Mitglieder stimmen für Entwurf 1. GR. Haich, Vorstand des Kriegervereins, teilt mit, daß von diesem Verein ein Beitrag von 100 M. bewilligt wurde, sowie unentgeltliche Beifahrer und Mithilfe bei den Grabarbeiten in Aussicht gestellt worden. Auch GR. Kling als Vorstand des Reichsbunds für Kriegsbeschädigte glaubt letzteres zusagen zu dürfen. Die Hausammlung soll in nächster Zeit stattfinden. — Die Anstricharbeiten an der Brücke beim Oberen Bad werden Malermeister Cramer, die am Jägersteig Malermeister Perret übertragen. Ebenso wird das Anstreichen von Bänken und Stühlen in den Kuranlagen letzterem übertragen. — Das Wartgeld der Hebamme wird ab 1. April auf 600 M. erhöht. — Beschlossen wurde, die Entschädigung, welche von den hiesigen Mehrgemeinern für Benützung des Schlachtlotals an die Stadtkasse zu leisten ist, von jeher 240 Mark jährlich ab 1. April auf 400 M. zu erhöhen. — Die in Aussicht genommene Vergrößerung der Wandelhalle wird zurückgestellt. — Ganzhorn-Carl, der das seither Reuterische Haus in der Baumstraße um 30 0 M. erworben hat, wird Zugangs-erlaubnis mit 7 gegen 5 Stimmen erteilt. Der Mietvertrag Dachler-Müller wird einstimmig genehmigt. — Hierauf berichtet Stadtpfleger Weil über Milchlieferung und Milchversorgung. Leider ist es nicht möglich, den Verbraucherpreis niedriger als 1.90 M. für ein Liter anzusetzen.

(Stuttg.) Stuttgart, 22. April. Dem Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugetrieben: 105 Ochsen, 8 Bullen, 158 Jungbullen, 200 Jungrinder, 287 Kühe, 293 Kälber, 283 Schweine und 2 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Aus 1 Ztr. Lebendgewicht wurden erlöst: Ochsen I. 670—730, II. 460 bis 620, Bullen I. 530—590, II. 460—520, Jungrinder I. 670—730, II. 540—640, Kühe I. 550—650, II. 380—490, III. 240—340, Kälber I. 740—780, II. 660—700, III. 600—640, Schweine I. 1060—1130, II. 1000—1050, III. 900—950, Hammel, geschlachtet, Fleischgewicht 1000 M. Verlauf des Marktes: mäßig belebt.

(Stuttg.) Stuttgart, 22. April. Als letzte Truppen der 5. Division Stuttgart kehrten das 2. Bataillon Infanterieregiment Baden Nr. 14 (Tübingen), die 7. Batterie Art.-Regt. 5 (Ludwigsburg), Teile der Kraftfahrabteilung 5 (Cannstatt), der Nachrichtenabteilung 5 (Cannstatt) und der Fahrabteilung 5 (Ludwigsburg) in ihre Garnisonen aus dem mitteldeutschen Aufmarschgebiet zurück. Nur eine Kompanie des Tübinger Infanteriebataillons verblieb bis zur Auflösung durch die Spio dort. Die Truppen, die keinerlei Verluste hatten, dienten hauptsächlich als Rückhalt für die Spio, die Infanterie wurde jedoch auch zu Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen in der ganzen Umgebung von Sangerhausen herangezogen. Sämtliche im Aufmarschgebiet befindlichen Truppen der Division wie auch der Bahnschutz wurden verlegt, der ebenfalls in den letzten Tagen heimkehrte, waren in Sangerhausen und Umgebung eingesetzt. Der Oberbefehlshaber des Reichswehrgroupenkommandos 2 Kassel, General von Hülsen, hat übrigens sämtlichen Truppen für ihre schnelle Marschbereitschaft an Ostern seine Anerkennung ausgesprochen.

(Stuttg.) Ulm, 22. April. Im Oktober v. J. hatte sich hier ein Konjunktium von Männern zur Herstellung falscher Tabaksteuerzeichen, Banderolen, gebildet. Ihre Arbeit verrichteten sie auch alsbald unter Zuziehung eines der Reichsbruderei angehörenden Buchdruckers und eines Graveurs aus Berlin. Bekleber fertigte hier die Platten nach photographischer Aufnahme an, und so konnte der Druck der falschen Steuerzeichen Ende November beginnen. Man war den Fälschern schon längere Zeit auf der Spur. Vor einigen Tagen konnte das Netz ermittelt werden. Nach längerem Suchen konnten die Platten und das übrige Handwerkszeug, sowie eine große Anzahl derb gefertigter Steuerzeichen in einem Haus in Neu-Ulm versteckt aufgefunden werden. Die Maschine hatten sich die Herren von Berlin verschafft. Der Arbeitsort der Gesellschaft befand sich oberhalb einer Sattlerwerkstatt in der Deutschhausgasse. Die Lichtbilder der Steuerzeichen wurden in einem Hause der Pfauengasse mit einem von einem hiesigen Photographen entlehnten Lichtbildapparat hergestellt. Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

## Zahn-Praxis.

Habe mich hier als Dentist niedergelassen.

### W. Luibrand, Stuttgarterstrasse

(Gasth. z. Linde 1. Stock)

Sprechstunden an Wochentagen von 9—1 Uhr und von 2—5 Uhr.  
Sonn- und Feiertags keine Sprechstunde.

---

### Drucksachen aller Art

liefert rasch die Druckerei dieses Blattes.

Wir benachrichtigen hiezu unsere Geschäftsfreunde, daß wir ab 1. Januar ds. Js. für

## Guthaben in laufender Rechnung

(Conto-Corrent-Verkehr)

### 3% Zins

vergütet.

## Spar- u. Vorschußbank Calw

---

### Ältere Briefmarken-Sammlung

(auch ältere Kreuzerbriefe etc.)

zum Weiterjammeln geeignet von Sammler zu kaufen gesucht. Angebote unter S. F. 94 an die Geschäftsstelle des Blattes.



Es sind unsere bedeutend reduzierten Preise und die trotzdem unstrittig besten Qualitäten, welche auch Sie bei der Herstellung eines echt schmeckenden, durststillenden sofort trinkfertigen und billigen

### Hausstrunkes

mit unsren rühmlichst bekannten Sonder-Erzeugnissen

## Schüly's Apfelperle u. Fruchtsirup-Fabrikate

garantiert befriedigen. Zur Streckung von Naturmost u. Beerenwein ebenfalls ganz vorzüglich geeignet. Kein Zucker nötig. Unbegrenzte Haltbarkeit. Versuche wirken überzeugend. Beim Einkauf achte man auf unsre Plakate. Alleinhersteller:

### Schüly & Hönninger, Villingen (Baden)

Großfabrikation in Mostextrakt-Essenzen u. Fruchtsirup. Verkaufsstellen werden, wo noch keine vorhanden, vergeben.

Calw, den 24. April 1921.



### Dankagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme anlässlich der Krankheit und des Todes unseres lieben Vaters

## Friedrich Kleinbub

Stadttierarzt a. D.

sagen innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Stadtgemeinde Calw.

Der Württ. Forstverein hat Calw als Ort seiner am 18. und 19. Mai ds. Js. stattfindenden

### forstwissenschaftlich. Jahresversammlung

gewählt. Da die Zahl der in Gasthäusern zur Verfügung stehenden Zimmer nicht ausreicht, um die ganze, etwa 80 bis 100 Teilnehmer zählende Versammlung unterzubringen, sollen auch

### Privatquartiere

gegen entsprechende Entschädigung zur Verfügung gestellt werden.

Das Stadtschultheißenamt bittet, das soweit als irgend möglich, geeignete Zimmer mit einem oder zwei Betten zur Verfügung gestellt und badmöblichst beim Stadtschultheißenamt (Zimmer Nr. 12) angemeldet werden.

Die Einwohnerschaft wird gebeten, die rühmlichst bekannte Gastfreundschaft der Stadt Calw auch diesem Falle wieder zu bekräftigen und dem Forstverein den Aufenthalt hier so angenehm als möglich zu machen.

Calw, den 22. April 1921.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Oberamt Calw.

## Gemeinde Michalben-Oberweiler. Straßenbau-Arbeiten.

Zum Neubau einer Verbindungsstraße von der Hornberger Wendeplatte bis zum Ort Michalben-Oberweiler, sollen die Bauarbeiten auf Grund der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Arbeiten und Lieferungen der Straßen- und Wasserbauverwaltung im Submissionsweg vergeben werden.

Die Kosten der in 3 Neubauscheiden eingeteilten Arbeitslöse betragen:

Arbeitsgattung	Teil I	Teil II	Teil III
	Betrag in M.	Betrag in M.	Betrag in M.
Erdarbeiten	190000	6900	24000
Schaufierungsarbeiten	270000	28000	55600
Maurer- und Steinhauerarbeiten	5000	400	400
Dohlen und Pflasterungen	7500	8500	4000
Sicherheitsmittel	16500	—	—
<b>zus.</b>	<b>489000</b>	<b>48800</b>	<b>84000</b>

Pläne, Kostenvoranschlag und Bedingungen sind vom Dienstag, den 26. ds. Mts. an, auf dem Rathaus in Michalben zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote in Prozents der Voranschlagspreise ausgedrückt und mit Fähigkeits- und Vermögenszeugnissen belegt, bis

**Dienstag, den 3. Mai 1921,**  
vormittags 10 1/2 Uhr

dortselbst eingereicht werden. Der Zuschlag erfolgt innerhalb 8 Tagen. Bemerkte wird, daß Teil I, und Teil II und III der Neubauscheiden je an einen Unternehmer vergeben werden.

Calw, den 21. April 1921.

Der beauftragte Baumeister:  
K ö h l e r.

Bezirks-  
Ziegenzuchtverein.  
Kleie kleiner Rest abzugeben  
Fr. Pfommer.

Erntmühl.  
10 Enten-  
Rücken  
verkauft  
Gg. Bauer.

### Etwas Gutes

für Haare und Haarbodenist  
Brennessel-Haarwasser  
und  
Birken-Haarwasser

Zu haben: K. Otto Vinçon.

Im Auftrag zu verkaufen  
einen hellen  
Anzug

wenig getragen, sehr preiswert  
R. F. Schüle jr.,  
Schneidermesser,  
(Vorstadt).

Ehrliches  
Laufmädchen  
und pünktliche  
Waschfrau  
sucht Frau Elise Grün,  
Lederstraße 112.

Ehrliches  
Mädchen  
für Zimmerarbeiten in  
angenehmen Haushalt bei  
guter Verpflegung auf 1.  
Juni oder früher nach  
Karlsruhe gesucht.  
Angebote an  
F. Gräff, Karlsruhe, B.,  
Bismarckstraße 63 a.

Welches ältere  
Mädchen  
oder allein-  
stehende Witfrau  
würde einem Witwer mit  
einem Kind (ev. Glaubens),  
den Haushalt ver-  
trauensvoll führen?  
Schriftliche Angebote er-  
beten unter P. S. 234  
postlagernd Calw.

Hanf- und  
Lein-Saat  
in gut keimfähiger Ware  
empfiehlt  
Otto Jung.

Suche eine  
Wirtschaft  
im Oberamt Calw oder Na-  
gold zu pachten und er-  
bitte gest. Angebote unter D.  
R. 94 an die Geschäftsstelle  
dieses Blattes.

## Wasserkraftanlage der Stadtgemeinde Wildbad an der Enz.

Die Stadtgemeinde Wildbad beabsichtigt, das Fluß-  
gefälle der Enz auf Markung Bergorte D. A. Calw  
und Wildbad zwischen der Einmündung des Rälberbachs  
in die Enz und dem Wehr des Treibwerks Nr. 3 (Wind-  
hoffsmühle der Wilt. Treiber Witwe), zur Erzeugung  
elektrischer Energie nutzbar zu machen.

Zu diesem Zweck soll etwa 60 Meter unterhalb der  
Einmündung des Rälberbachs ein Fallweh in der Enz  
erstellt werden, von dem aus ein rund 4,8 Km. langer offener  
Kanal am rechten Ufer bis etwa 500 Meter ober-  
halb des Windhofs geführt werden soll.

Der Oberkanal mündet in einem Wasserschloß, von  
welchem eine eiserne Druckrohrleitung von 138 Meter Länge  
nach dem Kraftwerk abgeht.

Das Kraftwerk kommt auf Parz. Nr. 1103 auf Mar-  
kung Wildbad zu liegen und wird mit 2 Hochdruck- und  
einer Niederdruckturbine ausgestattet werden.

Die Länge des Unterkanals zwischen Kraftwerk  
und Enzbett beträgt rd. 80 m.

Etwalige Einwendungen gegen das Unternehmen sind  
binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Ausgabe dieses  
Blattes an gerechnet, hier anzubringen. Nach Ablauf dieser  
Frist können Einwendungen, soweit sie nicht auf privat-  
rechtlichen Titeln beruhen, nicht mehr berücksichtigt werden.  
Beschreibung und Pläne sind beim Oberamt Neuenbürg,  
Zimmer Nr. 4 zur Einsicht aufgelegt.

Neuenbürg, den 22. April 1921.

Oberamt: Reg.-Assessor Kitting.

## Württ. Waldbesitzerverband.



### Forchen- Stammholz- Verkauf.

am 6. Mai 1921.

Aus den Waldungen der Gemeinde Schmieß.

Insges. 179 Stück Forchen mit 128,41 Fm.

Langholz II. III. IV. V. VI. Klasse  
13,85, 50,23, 46,63, 17,31, 0,59 Fm.  
Fuhrlohn 25—35 Mk. je Fm.

Als Verkaufsbedingungen gelten die staatlichen. Zahlungs-  
bedingungen: Barzahlung innerhalb 4 Wochen ohne Abzug.  
Schriftliche Angebote in % der Forstpreise 21 bis  
spätestens 6. Mai nachm. 4 Uhr an die Geschäftsstelle des  
Württ. Waldbesitzerverbands, Stuttgart, Neckarstr. 40  
(Fernruf 6699).

Zu verkaufen eine schöne  
Konzert-Zither,  
eine eichene  
Bettstelle,  
ein großer, noch sehr guter  
Waschzuber,  
eine Gaslampe.  
Von wem, sagt die Ge-  
schäftsstelle dieses Blattes.

Drucksachen  
liefert rasch u. sauber die  
Druckerei dies. Blattes.

Suche sofort  
10000 Mark  
auf 1. Hypothek (Haus und  
Feld). Wer, sagt die Ge-  
schäftsstelle dieses Blattes.

Stammheim.  
Eine hochtrachtige gute  
Milch-  
Ziege  
verkauft  
Georg Koller.

Breitenberg.  
Eine fehlerfreie, mit dem  
vierten Kalb trüchtige  
Ruh,  
oder eine hochtrachtige  
Kalbin  
verkauft oder tauscht gegen  
einen  
Zugochsen.  
Katharine Greule, Ww.

Sehe mein neu erbautes  
Wohnhaus  
mit 3 ar Garten  
dem Verkauf aus.  
Wer sagt die Geschäfts-  
stelle ds. Blattes.

Ein zweijähriges  
Mutter-  
Schaf  
mit Lamm,  
verkauft  
Fr. Mohr, Altbürg.

Erich Zeller

Verwalter

Stefanie Zeller

geb. Haug

Vermählte

Crailsheim

Calw

April 1921

Wir benachrichtigen unsere Geschäftsfreunde, daß  
wir vom 1. Januar 1921 an für

Guthaben in laufender Rechnung  
3% Zinsen vergüten.

Creditbank für Landwirtschaft und  
Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Mittwoch,  
den 27. April, nachm. von 2 Uhr an, im Hause des  
Gottlieb Pfeiffer in der Vorstadt gegen Barzahlung:

2 spanische Wände, 1 Küchenschrank,  
gepolst. Stühle und 1 Bank, 1 Tisch,  
2 klein. Tischchen, 1 Hasenfall, Schuhe  
und Kleider, Küchengeräth, 1 Ober-  
bett, Silber, 11 Mtr. neuen Draht-  
zaun, sowie sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadlinventierer Kolb.

Schluss der Anzeigen-Annahme 8 Uhr.

## Wolldeckenfabrik Weilderstadt A.-G. in Weilderstadt.

## Aufruf an die Aktionäre zur Geltendmachung ihres Bezugsrechts.

Die am 22. April ds. Js. abgehaltene Generalversammlung hat beschlossen,  
das Grundkapital der Gesellschaft um einen Betrag von 1 200 000.— Mark zu  
erhöhen durch Ausgabe neuer Aktien von je 1 000 Mark, welche vom 1. Januar  
1921 an am Gewinn der Gesellschaft teilnehmen und den bisherigen Aktien  
gleichstehen.

Die Ausgabe der 900 Aktien, zu deren Bezug die bisherigen Aktionäre  
berechtigt sind, erfolgt zum Nennwert. Die sämtlichen Kosten der Kapital-  
erhöhung trägt die Gesellschaft. Auf je 2 alte Aktien fällt das Recht zum  
Bezug einer neuen Aktie, sofern das Bezugsrecht innerhalb einer am 20. Mai  
ds. Js. ablaufenden Ausschlussfrist geltend gemacht wird.

Das Bezugsrecht ist beim Vorstand der Gesellschaft geltend zu machen  
und zwar durch Einlegung eines Zeichnungsscheins in zweifacher Aus-  
fertigung und Einzahlung des vollen Betrags bei der Gesellschaft spätestens  
bis 30. Mai ds. Js.

Für die Einzahlung wird eine Bescheinigung ausgegeben, welche auf  
den Namen lautet. Interimsscheine werden nicht ausgegeben.  
Die Ausgabe der Aktien erfolgt erst nach Eintragung der Kapital-  
erhöhung im Handelsregister.

Wir fordern nun die Aktionäre auf, ihre Bezugsrechte innerhalb der  
angegebenen Frist — bis 20. Mai ds. Js. — bei dem unterzeichneten  
Vorstand geltend zu machen.

Mit der Anmeldung des Bezugsrechts sind die Mängel der alten Aktien  
einzureichen, welche mit einem entsprechenden Stempelaufdruck versehen werden.  
Die Zeichnung wird unverbindlich und es wird der gezahlte Betrag  
mit 6% Zins vom Tage der Einzahlung an kostenfrei zurückgezahlt, wenn  
nicht bis 30. Mai ds. Js. insgesamt für 1 200 000 Mark neue Aktien über-  
nommen werden und wenn nicht bis zum 1. November 1921 die erfolgte  
Erhöhung des Grundkapitals im Handelsregister eingetragen sein wird.

Der Vorstand ist ohne Verpflichtung bereit, die Verwertung von Bezugs-  
rechten zu vermitteln.

Weilderstadt, den 23. April 1921.

## Wolldeckenfabrik Weilderstadt A.-G.

Der Vorstand:

Soj. Beyerle, Schnauser.

Nr. 95.

Ergebnis der Wahl  
Stimmen Nr. 2. —

## Innere in Preuß

Der Ausfall der Wahl  
den Reichsparteien gebra-  
gungsbildung geführt,  
hatten Einfluß in der  
ebenfalls wieder Anspruch  
Regierung erheben, weil  
Landtage darstellen. Die  
Zentrum und Demokrati-  
wahlen erhalten, da vor-  
teien 221 einnehmen, aber  
zu sein, im Hinblick auf  
Reichsparteien von der ne-  
weniger, als im preußi-  
viel einflußreicher ist als  
bürgerlichen Kreisen der  
Verwaltung als nicht ge-  
also, da die bürgerlichen  
sich einnehmen, einen Be-  
regierung aufnehmen, wo-  
erhöht. Bekanntlich ist a-  
auch nach den Neuwahl-  
zung ausgetreten, obwohl  
präsident und verschiedene  
demokraten — die Regier-  
hältnisse jedoch etwas an-  
sellschaftlichen, sozialen  
in Süddeutschland, denn  
vor dem Kriege die pol-  
Wiedererstarbung auch  
die unteren Volkskreise di-  
sen Klassengegenstände, wie  
gehört haben, größtes  
mehr als in der rechts-  
staatliche Wiedererstarbung  
Diktatur fast täglich gepr-  
die unteren Schichten wie  
daß ihre Kundgebung im  
Einheitsfront, wenigstens  
nötig hätten, nicht geeig-  
ten, muß jedermann ein-  
nur im Rahmen seines ei-  
Standpunktes zu verstehen  
seits in den Volkspartei-  
Aktien, weil sie in ihnen  
glauben sie einer Regier-  
funden hat, nicht beitreten  
sicht auf die Wählermasse  
radikale Lager abzuschwen-  
ein Ministerium aus Be-  
oder aus Sachministern g-  
schweigenden Billigung  
seitig will man vermeiden  
zu drängen, indem man  
die Volkspartei und  
mit dieser Lösung sich  
nicht recht klar sehen, de-  
demokratische Ministerliste  
Auch im Reich haben  
Klassen, die vielleicht sch-  
littels zur Kritik im Reich  
Seite wird ein möglichst  
nehmen aber wie gesagt  
einer Rechtsorientierung,  
verständlich wehrt. Die  
lung des deutschen Witt-  
parteien den formalen Be-  
die Fraktionsführer der  
hätte. Das Kabinett wi-  
worten haben. Die Hau-  
gen aber ist und bleibt  
deutsche Vermittlungsge-  
als vorhanden angesehen  
ten, einige Tage vor dem  
alte gegen das deutsche  
in der Reichsregierung zu  
politischen Aktionen zu  
hausliche Stimmung weite